

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
FUER DEN BEITRITT DER SCHWEIZ ZUR UNO

Postfach 1759
3001 Bern

Am 16. März : JA zum UNO - Beitritt !

November 1985

Am 16. März: JA zum UNO-Beitritt!

Der UNO-Beitritt erlaubt uns,

- unsere Interessen weltweit besser zu vertreten,
- unsere Neutralität zu stärken,
- an gemeinsamen Problemen der Menschheit vermehrt mitzuarbeiten,
- uns für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie einzusetzen.

1. Was ist die UNO?

Die UNO ist kein Weltstaat, sondern ein Forum - sozusagen der "Dorfplatz" der Welt -, auf dem mit wenigen Ausnahmen alle Staaten zusammenkommen, um für die grossen Probleme der Menschheit nach Lösungen zu suchen.

Sie hilft Konflikte vermeiden, indem sie Kontakte ermöglicht, die Zusammenarbeit fördert und Unterstützung leistet, wo Not herrscht. Drei Viertel ihrer personellen und finanziellen Mittel wendet sie für wirtschaftliche und soziale Probleme auf.

Das Völkerrecht, einzige Alternative zur nackten Macht, wird heute fast ausschliesslich in der UNO weiterentwickelt. Im Konfliktfalle steht die UNO als Vermittler zur Verfügung. Sie hält dafür einen ständigen Apparat bereit. Sie bietet auch Friedenstruppen an - die "Blauhelme" -, um Streitparteien zu trennen. Immer wieder sind so Konflikte entschärft worden (Kubakrise, Kaschmirkonflikt, Zypern, Yom-Kippur-Krieg). Seit der Gründung der UNO sind vier Jahrzehnte verflossen, ohne dass ein weltweiter Konflikt ausgebrochen ist.

2. Zahlen zur UNO

Bei ihrer Gründung 1945 gehörten 51 Staaten der UNO an. Jetzt sind es 159, mit Ausnahme einiger Zwergstaaten praktisch alle Länder der Welt.

Das UNO-Budget 1985 sieht rund 1,7 Mia. Fr. Ausgaben vor. Zum Vergleich: Stadt Zürich 1,8 Mia., Kanton Waadt 2,5 Mia., Kanton Aargau 1,5 Mia., Kanton Tessin 1,4 Mia., Kanton Graubünden 0,8 Mia., Kanton Nidwalden 0,1 Mia., Bund 23 Mia.

Die UNO beschäftigt 16'000 Mitarbeiter weltweit. Zum Vergleich: Stadt Zürich: 6000, Bund (ohne SBB und PTT) 39'000.

Wir bezahlen heute 170 Mill. Franken pro Jahr an die UNO und ihre Unterorganisationen. Weitere 20 Mill. - also gut 10 % mehr - würde der Beitritt kosten, der uns überall das volle Mitspracherecht bringt.

Rund 1 Mia. Franken geben die UNO und ihre Unterorganisationen pro Jahr in Genf aus.

35 Rappen kostet die UNO im Jahr pro Kopf der Weltbevölkerung.

3. Ein UNO-Beitritt liegt auf der Linie unserer bisherigen Aussenpolitik und erlaubt uns:

- unsere Interessen weltweit besser zu vertreten.

In der UNO werden weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen gesetzt, die auch uns betreffen und auf die wir daher Einfluss nehmen müssen (z.B. Abkommen über den internationalen Warenkauf, Seerecht, Regeln für die Handelschiedsgerichtsbarkeit, Richtlinien für den Konsumentenschutz, Uebereinkommen über das Wechselrecht uam.).

Das Völkerrecht wird heute fast ausschliesslich in der UNO weiterentwickelt. Beispiele: Atomsperrvertrag, Vertrag über die Nutzung des Weltraumes, Uebereinkommen gegen Geiselnahme (Luftverkehr!), Konvention gegen die Folter. Die Schweiz ist von der Ausarbeitung solcher Abkommen meistens ausgeschlossen. Aber die Mehrzahl unterzeichnen wir nachträglich, so auch die vier oben erwähnten. Wir wenden also heute Recht an, zu dem wir nichts zu sagen hatten.

Die UNO bietet die Möglichkeit, an der Sicherung des Friedens mitzuwirken und damit das politische Umfeld, in das auch wir eingebettet sind, zu stabilisieren. Sie ist überdies eine Tribüne, um der Staatenwelt unsern Selbstbehauptungswillen darzulegen.

- unsere Neutralität zu stärken.

Neutralität wirkt nur, wenn sie von den andern verstanden und anerkannt wird. Sie muss daher immer wieder dargelegt werden. Die UNO ist das grösste mögliche Forum dafür. Die guten Dienste, die wir als Neutraler in der UNO leisten können, würden unsere Neutralität stärken.

- an gemeinsamen Problemen der Menschheit vermehrt mitzuarbeiten.

Die grossen Probleme unserer Zeit - Hunger, atomare Bedrohung, Ueberbevölkerung, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, Flüchtlinge, Drogenhandel usw. - machen vor keiner Landesgrenze halt. Sie können nur international angegangen werden. Können wir verantworten, abseits zu stehen?

- uns für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie einzusetzen.

In der UNO kann sich die Schweiz international für die Menschenrechte, für Freiheit und Demokratie einsetzen.

Wir stärken damit die gleichgesinnten Staaten. Wir helfen mit, diese grundlegenden Werte auch in den neuen Staaten der dritten Welt allmählich besser zu verankern.

4. Der UNO-Beitritt ist mit unserer Neutralität vereinbar.

Unsere Völkerrechtsprofessoren bestätigen es; der Bundesrat und alle unsere noch lebenden ehemaligen Aussenminister - die alt Bundesräte Petitpierre, Spühler und Graber - haben es ausdrücklich bekräftigt.

Es gibt ja auch längst Neutrale in der UNO (so Schweden, Oesterreich, Finnland). Sie haben nicht bloss keine Schwierigkeiten, sondern sind gerade wegen ihrer Neutralität besonders gesucht, als Vermittler, für unabhängige Untersuchungen, für heikle Kommissionen. Ihre Neutralität hat dadurch an Ansehen und Bedeutung gewonnen.

Neutralität schliesst politische Stellungnahmen nicht aus. Auch in andern internationalen Gremien vertreten wir klar unsern Standpunkt (Europarat, OECD, KSZE usw.). Der Bundesrat selber hat immer wieder deutlich Stellung bezogen (so zum Einmarsch russischer Truppen in Budapest und Prag, zu den Ereignissen in Polen, zu Mittelamerika, zu Grenada, zum Abschuss eines südkoreanischen Passagierflugzeuges usw.). Das hat unserem Ansehen genützt, nicht geschadet. Neutralität heisst nicht Standpunktslosigkeit, und der Vogelstrauss ist auch nicht unser Wappentier!

Die Sanktionen bieten neutralitätspolitisch keine besonderen Probleme. Zur Teilnahme an militärischen Sanktionen kann laut Charta kein Staat gezwungen werden. Selbstverständlich würde die Schweiz eine Teilnahme ablehnen. Nicht-militärische Sanktionen wären nur in Ausnahmefällen mit der Neutralität unvereinbar. In solchen Fällen würde die Schweiz nicht mitmachen. Das bringt die Neutralitätserklärung des Bundesrates zum Ausdruck.

Blauhelme haben nichts mit militärischen Sanktionen zu tun. Sie trennen Streitparteien. Die Beteiligung daran ist für alle Staaten freiwillig. Die Schweiz muss also keine stellen, wenn sie nicht will. Selbst wenn sie es täte, kämen natürlich - wie heute bei der Katastrophenhilfe - nur Freiwillige in Frage. "Füsilier Schweizer" leistet also keinen WK im Libanon.

5. Allein vor der Türe bleiben?

Natürlich ist die UNO keine perfekte Organisation; sie hat Mängel, wie andere internationale Organisationen auch, und löst nicht alle Probleme. Aber sie geht wenigstens an die Probleme heran und ist als Forum aller Staaten der Welt unentbehrlich. Sie erlaubt uns, eigene Interessen weltweit zu vertreten und unsern Teil zur Lösung gemeinsamer Probleme der Menschheit beizutragen. Politik, die keine Interessen vertritt, ist keine Politik. Politik, die nur Interessen vertritt, ist keine gute Politik. - Sollen wir da wirklich allein vor der Türe bleiben?